

Abschrift



H+FA/003/2010

Havixbeck, 25.05.2010

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Klaus Gromöller

Ratsmitglieder

Frau Hildegard Brinkforth-Kemper

Herr Frank Fohrmann

Herr Wolfgang Geschwinder

Herr Hans-Gerd Hense

Herr Klaus Kerkering

Frau Ulrike Ludewig

Herr Ludger Messing

Frau Margarete Schäpers

Herr Dieter Skirde

Herr Robert Tünsmann

Herr Thomas Wardenga

Vertretung für Herrn Friedbernd Krotoszynski

ab TOP 5

Protokollführer

Herr Gerhard Wessels

von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Wolfram Pott

Es fehlen entschuldigt:

Ratsmitglieder

Herr Friedbernd Krotoszynski

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:08 Uhr

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Beschlussfassung über Änderungen und Erweiterungen der Tagesordnung

Frau Brinkforth-Kemper von der CDU-Fraktion beantragt, den Tagesordnungspunkt 10 von der Tagesordnung abzusetzen, da die Verwaltungsvorlage Nr. 051/2010 in den Fraktionen nicht beraten werden konnte. Diesem Antrag wird einstimmig entsprochen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Fassung des öffentlichen Teils der Niederschrift der letzten Ausschusssitzung

Einwendungen gegen die Fassung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.03.2010 liegen nicht vor.

TOP 3

Bekanntgaben des Bürgermeisters

Beigeordneter Pott macht folgende Bekanntgabe:

Der Landrat hat mit Verfügung vom 04.05.2010 den Haushalt der Gemeinde Havixbeck genehmigt.

Die Bekanntmachung des Haushalts im Amtsblatt der Gemeinde Havixbeck ist am 13.05.2010 erfolgt, so dass nunmehr die Rechtskraft der Haushaltssatzung 2010 gegeben ist. Die Verfügung des Landrates, die einige Hinweise und Aufgaben zur Erledigung für die Gemeinde enthält, wird dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Anmerkung der Verwaltung:

Bereits seit einigen Jahren wird gemäß dem Hinweis in der Verfügung verfahren, bei Gebührenkalkulationen für kostenrechnende Einrichtungen die kalkulatorischen Abschreibungen auf der Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten zu berechnen.

Dem Hinweis auf Eigenkapitalverzinsung wird ebenfalls bereits seit längerem entsprochen.

TOP 4

Anfragen der Ratsmitglieder gem. § 17 Abs. 1 GeschO

Die schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.05.2010 bezüglich der interkommunalen Zusammenarbeit ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Beigeordneter Pott beantwortet die Anfrage:

Zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.05.2010 zum gemeinsamen Finanzzentrum der Gemeinden Havixbeck und Nottuln kann folgendes berichtet werden:

Herr Pott weist auf die heutige gemeinsame Sitzung des Lenkungskreises hin, so dass die Anfrage bereits jetzt beantwortet werden kann.

Kurzer Sachstandsbericht:

In vielen Einzelgesprächen zwischen den beteiligten Gemeinden Havixbeck und Nottuln konnten erforderliche übereinstimmende Strukturen in der Geschäftsbuchführung und Zahlungsabwicklung erreicht werden.

Bereits im ersten Jahr des Finanzzentrums konnte eine weitgehend zufriedenstellende Abwicklung des Tagesgeschäftes in der Finanzbuchhaltung und Zahlungsabwicklung erreicht werden.

Wenn auch in der Zielsetzung gleiche Strukturen für eine möglichst einheitliche Abwicklung von Buchungsvorgängen dienen, so kann nicht darüber hinweg gesehen werden, dass in Einzelfragen durchaus unterschiedliche Verfahrensweisen oder Ansichten vertreten und trotz vieler Gemeinsamkeiten umzusetzen waren. Gleiche Sachverhalte sollen möglichst gleich behandelt werden, jedoch muss in besonderen Fällen auch weiterhin für beide Gemeinden die jeweils angezeigte Behandlung eines Sachverhaltes möglich sein.

Auch wenn immer wieder zunächst nicht erwartete, aber in der Praxis doch tatsächlich auftretende Fragen zu lösen sind, ist doch insgesamt ein guter Verlauf der Einführungsphase festzustellen, der auch im Weiteren fortgeführt werden soll.

Zu den von der SPD-Fraktion gestellten Einzelfragen folgendes:

Hat sich eine Veränderung hinsichtlich des Belegtransportes zum Finanzzentrum ergeben?

- ❖ Nein, der Belegtransport erfolgt nach wie vor mit dem Dienstwagen der Gemeinde Havixbeck durch eine im Finanzzentrum tätige Mitarbeiterin aus Havixbeck.

Arbeitet die Verwaltung daran, den Belegtransport elektronisch vornehmen zu können?

- ❖ Ja! Die Gemeinde Nottuln wird voraussichtlich zu Beginn des kommenden Jahres ein System zur digitalen Rechnungseingangsbearbeitung und –verarbeitung einführen. Für Havixbeck sollen im Haushalt 2011 Mittel eingestellt werden für die Einführung im Verlaufe des Jahres 2011.

Welche Entwicklungsperspektiven sieht die Verwaltung?

- ❖ Es ist vorgesehen, die Papierverarbeitung im Finanzzentrum abzulösen durch eine digitale Rechnungseingangsbearbeitung. Im weiteren Verlauf ist das Finanzzentrum offen für weitere Kommunen.

Gibt es Entwicklungen im Software – Bereich (Dokumentenmanagementsysteme) bzw. mit welchen Kosten wäre zu rechnen, um einen elektronischen Datenaustausch vornehmen zu können?

- ❖ Die Gemeinde Nottuln steht zur Zeit im Prozess der Einführung eines modularen Systems der Fa. SER, das auch von der Citeq betreut wird.
Dies soll daraufhin auch für die Gemeinde Havixbeck erfolgen.
Die Kosten für die Einführung des Systems für die digitale Rechnungseingangsbearbeitung können nach Informationen von heute noch nicht benannt werden.

TOP 5

Beratung über die Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Gemeinde Havixbeck

Die Verwaltungsvorlage 034/2010 liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Hense von der CDU-Fraktion erklärt, dass die Änderung der Geschäftsordnung zur Reduzierung der Kosten nicht der richtige Weg sei. Er betont, dass dadurch die Rats- und Ausschussmitglieder für ihre ehrenamtliche Tätigkeit noch mehr Zeit in Anspruch nehmen müssen. Er möchte, dass Verwaltungsvorlagen und Protokolle weiterhin in Papierform verschickt werden und das Ratsinformationssystem als zusätzliches Angebot dienen soll.

Bürgermeister Gromöller erläutert, dass die Anregung zur Nutzung des Ratsinformationssystems aus dem Gemeinderat gekommen sei. Dadurch ist es möglich geworden, die Rats- und Ausschussmitglieder papierlos mit Informationen zu versorgen. Die Einsparung von Kopier- und Portokosten ist ein willkommener Effekt. Über die Bedenken der Ausschussmitglieder zeigt sich der Bürgermeister überrascht.

Herr Kerkering von der SPD-Fraktion hält den Einschnitt durch die komplette Umstellung auf die papierlose Variante für zu krass. Er möchte, dass die digitale Form mehr und mehr genutzt wird und jedem Rats- und Ausschussmitglied die Möglichkeit gegeben wird, auf Papier zu verzichten. Dies soll aber jedem freigestellt sein.

Herr Skirde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass das Ziel die papierlose Information sein muss. Die Möglichkeit auch über Jahre noch auf Vorlagen und Beschlüsse zugreifen zu können, ist ein großer Vorteil des Ratsinformationssystems. Zunächst ist aber für die notwendige Akzeptanz der Software bei den Ratsmitgliedern zu sorgen. Solange sollte zweigleisig gefahren werden.

Herr Wardenga von der CDU-Fraktion hat Bedenken, dass die Daten im Ratsinformationssystem nicht dauerhaft gesichert werden können. Deshalb sei die Papierform weiterhin notwendig. Außerdem möchte er, dass auch die stellvertretenden sachkundigen Bürger auf alle Informationen im Ratsinformationssystem zugreifen können.

Herr Skirde möchte, dass die Verwaltung Freiwillige abfragt, die auf die Informationen in Papierform verzichten möchten. Diese Rats- und Ausschussmitglieder sollen Erfahrungen sammeln und damit Interesse bei den anderen Ratsmitgliedern wecken.

Herr Messing von der SPD-Fraktion und Herr Skirde beantragen, zunächst die Papierform beizubehalten.

Frau Brinkforth-Kemper beantragt zusätzlich, dass auch alle stellvertretenden sachkundigen Bürger alle Informationen bekommen sollen.

Bürgermeister Gromöller lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage 034/2010 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, die Geschäftsordnung zunächst nicht zu ändern. Zusätzlich zu der Übersendung der Verwaltungsvorlagen und Niederschriften in Papierform soll den Rats- und Ausschussmitgliedern der Zugang zum Ratsinformationssystem gegeben werden. Mit einer Steigerung der Akzeptanz des neuen Systems soll zukünftig auf die Versendung von Papier verzichtet werden können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 6

Beratung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2010 auf Erlass einer Gestaltungssatzung für den Ortskern der Gemeinde Havixbeck

Die Verwaltungsvorlage 040/2010 liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Geschwinder von der CDU-Fraktion erläutert zunächst die Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses. Es sei wichtig, dass in Havixbeck auch zukünftig regionaltypische Neubauten entstehen, damit das charakteristische Bild des Münsterlandes erhalten bleibt. Ortsprägende Gebäude und Fassaden sind zu erhalten.

Herr Skirde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses, möchte jedoch, dass die Personen der Arbeitsgruppe noch nicht namentlich festgelegt werden und keine erheblichen Kosten durch die Arbeitsgruppe entstehen.

Herr Kerkering von der SPD-Fraktion erklärt, dass es kein Problem darstellt, auch später noch weitere Teilnehmer in die Arbeitsgruppe aufzunehmen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung, zunächst vom Erlass einer Gestaltungssatzung für den Ortskern abzusehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erfahrungen aus den Nachbargemeinden Coesfeld, Nottuln und Billerbeck mit der Anwendung der dort geltenden Gestaltungssatzungen zusammen zu tragen und dem Gemeinderat vorzulegen, als weitere Grundlage für die Entscheidungsfindung.

Darüber hinaus möge die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten, wie ein aus fachkundigen Mitgliedern bestehender Beirat im Sinne des CDU-Antragszieles in das Verfahren eingebunden werden kann.

Eine kleine Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Bürgermeister, dem Vorsitzenden des Bau- und Verkehrsausschusses, Herrn Geschwinder, Herrn Eilers und Frau von Hövel und evtl. externen Fachleuten soll Lösungsansätze für gestalterische Steuerungsmöglichkeiten entwickeln. Erste Zwischenergebnisse sollen möglichst nach den Sommerferien vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 7

Beratung zur interkommunalen Zusammenarbeit aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion vom 05.03.2010

Die Verwaltungsvorlage 042/2010 liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Die SPD-Fraktion hat zu diesem Thema einen deutlich weitergehenden Antrag eingereicht, der in der nächsten Ratssitzung bekannt gegeben wird. Die Beratung erfolgt in der nächsten Sitzungsfolge.

Herr Hense von der CDU-Fraktion erklärt, dass der Antrag der CDU als Denkanstoß für die Verwaltung gedacht sei. Die Vorteile der interkommunalen Zusammenarbeit der Baumberge-Gemeinden sollen genutzt werden. Die CDU-Fraktionen der Gemeinde Nottuln, Billerbeck und Rosendahl sind ebenfalls dieser Meinung. Es sei wichtig, über Absichtserklärungen hinaus zu kommen und konkrete Möglichkeiten zu erarbeiten.

Bürgermeister Gromöller erläutert, dass interkommunale Zusammenarbeit in vielen Bereichen wie z.B. beim Finanzzentrum Baumberge, bei der Stadtwerke Münsterland GmbH, bei der Baumberge-Touristik, der Rechnungsprüfung SGB II und XII und Wohngeld, ILEK, LEADER und Regionale 2016 praktiziert wird.

Herr Kerkering von der SPD-Fraktion betont, dass vor allem die interkommunale Zusammenarbeit auf den Verwaltungsebenen forciert werden soll.

Herr Skirde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Frau Schäpers von der SPD-Fraktion regen an, mit den Gemeinderäten der Baumberge-Kommunen einen Workshop zu machen.

Bürgermeister Gromöller erläutert, dass auf seinen Vorschlag hin, bei der Bürgermeisterkonferenz das Thema konkretisiert werden soll.

Herr Tünsmann von der CDU-Fraktion hält es für sinnvoll und notwendig, Synergieeffekte zu nutzen. Als Beispiel nennt er eine gemeinsame Vergabestelle.

Beigeordneter Pott erklärt, dass der Bürgermeister hierzu bereits Gespräche mit anderen Kommunen führt, wozu der Beschlussvorschlag gemäß der Verwaltungsvorlage 042/2010 zugleich als Unterstützung dienen soll.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, die Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit zu nutzen im Sinne des CDU-Antrages vom 05.03.2010 und der Ausführungen dieser Verwaltungsvorlage.

In einem 1. Schritt sollen in einem Abstimmungsgespräch des Bürgermeisters mit seinen Kollegen bzw. seiner Kollegin aus den Nachbargemeinden die Möglichkeiten und Grenzen der interkommunalen Zusammenarbeit ausgelotet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 8

Beratung über die aktuelle Erschließungssituation im Bereich des Baugebietes Stopfer (2. Bauabschnitt).

Die Verwaltungsvorlage 044/2010 liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Bürgermeister Gromöller erläutert zunächst die zahlreichen Beschlussempfehlungen des Bau- und Verkehrsausschusses.

Herr Geschwinder von der CDU-Fraktion berichtet vom Ortstermin des Bau- und Verkehrsausschusses. Er hinterfragt die Regelung, dass zunächst 80 % der Grundstücke bebaut sein müssen, bevor der Endausbau der Straßen beginnt. Weiterhin bittet er darum, den Ratsbeschluss aus dem Jahr 2006 dem Protokoll beizufügen, bzw. im Rahmen einer Verwaltungsvorlage die planerischen Zusammenhänge darzustellen.

Anmerkung der Verwaltung: eine Vorlage wird zur nächsten Sitzungsfolge vorbereitet.

Herr Skirde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Kerkering von der SPD-Fraktion erklären, dass dann eine grundsätzliche Entscheidung über den Beginn eines Endausbaus herbeizuführen sei, da im Baugebiet Schmitz Kamp der Antrag der Anwohner auf einen vorgezogenen Endausbau abgelehnt wurde

Anmerkung von Kämmerer Beigeordneter Pott: Ein finanzieller Spielraum für vorzeitige Endausbauten entgegen der bewährten 80%-Regelung ist mittelfristig bereits nicht gegeben.

Herr Geschwinder bittet darum, die möglichen Planungskosten bekannt zu geben.

Bürgermeister Gromöller sagt dies zur Ratssitzung zu.

Über die Beschlussempfehlungen des Bau- und Verkehrsausschusses stimmt der Haupt- und Finanzausschuss in Gänze ab.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur aktuellen Erschließungssituation im Baugebiet Stopfer (2. Bauabschnitt) zur Kenntnis.

Zur Verbesserung der Beleuchtung des Gebietes sollen die von der Verwaltung vorgeschlagenen zusätzlichen Leuchtstellen hergestellt werden. Die Finanzierung soll durch

Einsparungen in gleicher Höhe bei den Kosten für die endgültige Erschließung des Gewerbegebietes Lütke Feld erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Im Übrigen soll mit einfachen Mitteln ein Überschwemmen der derzeitigen Baustraße verhindert werden.

Ferner soll die Auskömmlichkeit der Straßeneinläufe überprüft und mit einfachen Mitteln eine bedarfsgerechte Verbesserung durchgeführt werden. Dabei soll auch geprüft werden, ob die im Entwässerungsplan vorgesehenen Einläufe vollständig eingebaut worden sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Eine Entscheidung über den endgültigen Straßenausbau dieses Baugebietes erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2011.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für den Straßenendausbau vorzunehmen, mit den Bürgern abzustimmen und dann dem Gemeinderat mit Kostenschätzungen zur Entscheidung vorzulegen. In diesem Zusammenhang soll die Verwaltung auch mögliche Vorschläge zum Ausbau von Teilabschnitten erarbeiten.

Da im laufenden Haushaltsjahr Planungskosten für den Straßenendausbau nicht veranschlagt sind, soll die Verwaltung bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses die voraussichtliche Höhe ermitteln und einen Deckungsvorschlag unterbreiten.

Anmerkung der Verwaltung: Dies erfolgt bis zur Ratssitzung (s.o.)

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entlang des Weges zum Regenrückhaltebecken gepflanzte und zu schützende Wallhecke durch geeignete Pflegemaßnahmen im Bestand zu erhalten und dabei nach Möglichkeit die Belange der angrenzenden Grundstückseigentümer zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Sodann wird über das Schreiben der Anlieger „Am Stopfer 65, 77, 61, 55, 57, 85, 69, 79, 59, 81, 87 und 53“ vom 24. April 2010 beraten.

Dieses Schreiben wurde den Ausschussmitgliedern nachträglich übersandt.

Die Punkte 1. 2. und 3. wurden bereits in der v.g. Beschlussempfehlung berücksichtigt.

Nach eingehender Diskussion unter Beteiligung der Öffentlichkeit ergeht **folgende einstimmige Beschlussempfehlung** an den Gemeinderat:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig einen Vorschlag zu erarbeiten, wie in dem noch nicht bebauten Bereich entlang der Münsterstraße eine Bebauung erreicht werden kann, bei der der Verdichtungsgrad im Sinne der Antragsteller relativ gering ist. In diesem Zusammenhang soll auch der weitere Erhalt bzw. die Wiederherstellung der Hecke geprüft werden.

Darüber hinaus soll durch die Verwaltung geprüft werden, ob die Funktionsfähigkeit der Stichstraße zu dem im Bau befindlichen Mehrfamilienhaus ausreichend ist (Rettungsweg, Nutzung durch Entsorgungsfahrzeuge pp.).

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 9

Beratung über eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde Havixbeck an den Ausbaukosten für Wegebaumaßnahmen im Bereich des zukünftigen Flurbereinigungsverfahrens Baumberge.

Die Verwaltungsvorlage 049/2010 liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Bürgermeister Gromöller verliest zunächst das dem Protokoll als Anlage 3 beigefügte Schreiben des Landwirtschaftlichen Ortsvereins Havixbeck/Hohenholte.

Herr Hense von der CDU-Fraktion erklärt, dass bei dem Flurbereinigungsverfahren nicht das Geld sondern der Wille der Beteiligten im Vordergrund steht. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Befragung der Beteiligten.

Bürgermeister Gromöller teilt mit, dass 163 Eigentümer angeschrieben worden sind. Die Rückgabefrist des Fragebogens endet jedoch erst morgen, so dass heute nur ein Zwischenbericht gegeben werden kann. Abzüglich der im Flurbereinigungsgebiet liegenden Flächen von Nottulner Bürgern, bleiben 114 Beteiligte aus Havixbeck. Von diesen Angeschriebenen sind bisher 63 % der Fragebögen zurück gekommen. 16,6 % haben sich für ein Flurbereinigungsverfahren ausgesprochen, 83,3 % sind dagegen. Bezogen auf die Flächen entspricht dies 41 % Zustimmung bzw. 59 % Ablehnung.

Herr Kerkring von der SPD-Fraktion ist der Meinung, dass die Gemeinde Havixbeck nur beteiligt wurde, um die Deckungslücke in Höhe von 200.000 Euro zu schließen. Er betont, dass der Rat der Gemeinde Havixbeck aber damit nicht „Herr der Lage“ ist sondern ausschließlich die Bezirksregierung über das Verfahren bestimmt. Aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde Havixbeck hält er die Bereitstellung von 200.000 Euro für nicht vertretbar.

Herr Skirde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilt mit, dass laut Aussage der Bezirksregierung ein Flurbereinigungsverfahren nur mit Zustimmung der Beteiligten durchgeführt werden soll. Er ist der Meinung, dass über die Bereitstellung der 200.000 Euro erst beschlossen werden soll, wenn die Bezirksregierung festgelegt hat, dass das Flurbereinigungsverfahren tatsächlich durchgeführt wird.

Herr Geschwinder von der CDU-Fraktion erklärt, dass das Flurbereinigungsverfahren auch eine Chance ist, Gelder für den Wegebau aus anderen Töpfen zu bekommen.

Frau Brinkforth-Kemper von der CDU-Fraktion möchte das Geld nicht bereit stellen ohne zu wissen, für welche Maßnahmen es ausgegeben wird.

Frau Schäpers von der SPD-Fraktion hat die Befürchtung, dass die Bezirksregierung auch gegen den Willen der Beteiligten das Flurbereinigungsverfahren durchzieht, wenn die Gemeinde Havixbeck der finanziellen Beteiligung zustimmt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung einen Betrag in Höhe von bis zu 200.000,00 € aus gemeindlichen Mitteln zur anteiligen Finanzierung von Wegebaukosten im Bereich des zukünftigen Flurbereinigungsverfahrens Baumberge bereitzustellen.

Dabei wird davon ausgegangen, dass das Flurbereinigungsverfahren tatsächlich durchgeführt wird und die gemeindlichen Mittel erst in den Haushaltsjahren 2012 bzw. 2013 fließen müssen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt , Ja: 2 , Nein: 8 , Enthaltung: 2

TOP 10

Beratung und Beschlussfassung über Einzahlungen der Gemeinde Havixbeck in einen Pensionsfonds

Der TOP 10 wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 11

Anfragen der Ratsmitglieder gem. § 17 Abs. 2 GeschO

Herr Hense von der CDU-Fraktion erkundigt sich nach dem Stand des Verfahrens eines Bürger- und Familienwaldes (siehe Verwaltungsvorlage 074/2009).

Bürgermeister Gromöller sagt die Beantwortung der Frage zu.

Unterschriften:

gez.: Bürgermeister Klaus Gromöller
Bürgermeister Klaus Gromöller

gez.: Gerhard Wessels, Schriftführer
Gerhard Wessels

Für die Richtigkeit der Abschrift:
Havixbeck, 25.05.2010